

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erreichungswise: täglich (nur Werktags).
Bezugspreis: monatlich 3.00 Mark einschl. Postbelehrung
oder Beitragslohn.
Telefon Nr. 82. — Postfachpost 24915 Frankfurt a. M.

(Limburer Zeitung) Begr. 1838 (Limburer Tageblatt)

Bemerkenswerter Redakteur Hans Antieb,
Druck und Verlag der Firma Schmid'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die gespaltene 3-Millimeterzeile oder deren
Raum 50 Pf. Die 91 mm breite Reklamezelle 1.50 Mtl.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Tages.

Nummer 90

Limburg, Mittwoch den 21. April 1920.

83. Jahrgang

Die Schande von Eupen-Malmedy.

Es liegt eine Tragik für das deutsche Volk in der Tatsache, daß es bei der Riegengräde des über Deutschland herabgebrochenen Unglücks nicht einmal verhindern kann, daß dieses Unglück sich noch Tag für Tag weiter verschärft. Gleich einer offenen schwärzenden Wunde ziehen die Rote deutscher Landsleute in West und Ost, die nach dem mitleidlosen Gebot von Versailles einer Abstimmung über ihre künftige Staatszugehörigkeit unterworfen worden sind, am deutschen Volkskörper und während es der heiße Wunsch des deutschen Volkes wäre, diesen bedrohten Gedanken und ihrer in tiefer nationaler Bedrängnis lebenden Bevölkerung wenigstens nach Möglichkeit moralische Unterstützung und das Gefühl zu vermittelnd, daß ganz Deutschland an ihrem Geschäft herzlichen Anteil nimmt, hindern die schweren Röte des Tages daran, dazu Mittel und Wege zu finden. So ist z. B. die deutsche Deutschenlichkeit erst jetzt batte gelangt, sich mehr als bisher mit der Lage in Eupen und Malmedy zu beschäftigen, nachdem in die deutsche Presse die Meldung gekommen ist, daß die dortig eingesetzte als Demonstration gegen belgische Vergewaltigung einen zunächst zweitägigen Generalstreik proklamierten werde. Die Reichsregierung hat zu Anfang dieses Monats, was gleichfalls nicht genügenden öffentlichen Widerhall fand, in Paris eine dringliche Note überreichen lassen, die sich mit den Dingen in Eupen und Malmedy sowie mit dem Plan beschäftigte, die Bahnlinsie im Kreis Monschau und das westlich davon gelegene Gelände Belgien zu zuweisen. Die Nationalversammlung wird auf Grund einer diesbezüglichen Interpellation die Dinge gleichfalls behandeln, und ebenfalls wird man sich im Reiche nach alledeutend endlich über den doch immerhin nicht unerheblichen Umstand klar, daß nichts verfehlter ist, als Eupen und Malmedy schon als verloren zu betrachten. Selbst der Völkerbundsrat kann nicht einfach darüber zur Tagesordnung hinweggehen, daß im ganzen Kreis Eupen nur 98 Ballonen leben und im Kreis Malmedy unter 37.000 Einwohnern nur ganze 9.000, und selbst diese zeigen wenig Vorliebe für Belgien, wie die Belger selbst zu ihrem Leidwesen erfahren müssten. Nun entfällt der Friedensvertrag die ungeheurelle Bestimmung, daß die Abstimmungslisten öffentlich ausgelegt werden müssen, und alle diejenigen, die sich genug geweckt sind, ihre deutsche Gesinnung zu befunden, führen seitdem ein Leben rücksichtsloser Transfusions durch die Belger. Der heilige Demonstrationsstreit ist ein Versuch, das Referendum weniger etwas mehr zum Ausbruch der wirklichen Volksabstimmung zu machen, und daß dieser Streit unter Beteiligung aller Bevölkerungsschichten dieses Ziel anstrebt, ist allein schon der beste Beweis für die wahre Gesinnung der Einwohner. Da es zu dem Befehl des Streites überhaupt kommen konnte, zeigte wie elementar die Befehlsmegung gegen die Belger bereits geworden ist. Es handelt sich um einen Ausbruch der Verzweiflung, und das deutsche Vaterland hat die hohe Pflicht, diesen Notruf der ganzen Welt zu Gehör zu bringen.

Zuspitzung der Lage in Oberschlesien.

Breslau, 19. April. (WLB.) In der Streitangelegenheit ist heute die Entscheidung gefallen. Die Streitpartei hat den Zementarbeitern ein Telegramm mit der Aufforderung auszuhören. Morgen werden die Gruben- und Hüttenarbeiter in den Streit treten. Der Bund der technisch-industriellen Beamten wird sich ebenfalls anschließen. Die laufmännischen Angestellten werden morgen beraten, ob sie in den Streit treten werden und dann wahrscheinlich am Dienstag die Arbeit niederlegen. Die Franzosen drohten den Eisenbahnhäusern, falls sie den Eisenbahnbetrieb stilllegen sollten, die Grenzen zu öffnen und die polnischen Truppen hereinzuholen. Es stehen tatsächlich starke polnische Heeresmessen an der Grenze von Polen nach Galizien. Die polnische Befreiung, die den polnischen Mittelstand vertreten, und in der Karantin führer war, wendet sich von der Polen ab und steht geschlossen hinter den Deutschen. Das entschlossene Auftreten der Arbeiter hatte insofern schon Erfolg, als der französische Kommandant die Offiziere, die an der Misshandlung beteiligt haben, verantworte, sich zu entschuldigen. Es wurde den Misshandelten ein Schmerzensgeld von 1000 Mark bzw. 3000 Mark gewährt.

Die Forderungen der Arbeiter.

Dresden, 19. April. (WLB.) Die Beamten und Arbeiter fordern, daß von der Einführung des Pachtzwanges in Oberschlesien abgesehen werde, um der Abschaffung vom Deutschen Reich vorzubeugen, außerdem Beteiligung an den Wahlen zum Reichstag und Landtag und an der Wahl des Präsidenten sowie die Einführung des Betriebsrates.

Kein Grund zum Pessimismus.

Berlin, 20. April. Die Lage in Oberschlesien hat eine Entspannung erfahren, nachdem die interalliierte Kommission beschlossen hat, das Betriebsrätegesetz auch in Oberschlesien in Kraft treten zu lassen. Damit entfällt der Grund für den Generalstreit der Arbeiter. Auseinanderzuhalten darf und jedoch der Angestelltenstreit, der lediglich wirtschaftliche Ursachen hat, und der Streit der Richter, der entstanden ist, weil einzelne Richter und Staatsanwälte ausgewiesen wurden. Dieser Streit trägt nationalen Charakter. Wie aus Oberschlesien gemeldet wird, herrscht dort aber das Abstimmungsresultat kein Pessimismus. Die letzten Wochen, natürlich die Erfahrungen, die man mit der Entente gemacht hat, haben das Deutschland außerordentlich gestärkt und auch eine Zeit in solchen Kreisen Eindruck gemacht, die nicht recht wissen, ob sie sich für Deutschland oder Polen entscheiden sollen.

Abstimmungsvorbereitungen in Ostpreußen.

Aleinstein, 19. April. (WLB.) Im Anschluß an die von der interalliierten Kommission in Allenstein veröffentlichten Abstimmungsbedingungen für Ostpreußen gibt der Ostdeutsche Heimatdienst, Abteilung für Volksabstimmung in Carlsbad bei Rastenburg bekannt, daß für alle Abstimmungsberechtigten in Ostpreußen und im Reich, die sich bereits in Carlsbad oder bei den von Carlsbad beauftragten Stellen im Reich zur Abstimmung gemeldet haben, die Anmeldung bei den Abstimmungsausschüssen ihrer Heimatgemeinden sich erübrig. Die Eintragung in die Stimmlijsten wird von Carlsbad beantragt. Die betreffenden Stimmberedtigten im Reich erhalten über die erfolgte Eintragung einen schriftlichen Bescheid, der ihnen gleichzeitig als Reiseausweis dienen soll. Ein weiterer Ausweis ist nach der Abstimmungsverordnung der Kommission nicht erforderlich.

Die polnischen Pläne in Danzig.

Warschau, 19. April. (WLB.) Am 16. und 17. April fanden Besprechungen statt zwischen dem Ministerpräsidenten, dem Eisenbahnminister, dem Postminister, dem General Haller und Sir Reginald Tower über das deutsch-polnische Abkommen. Sobald die Wahlen für die Konstituante beendet sind, hat die Stadt Danzig einen Entwurf auszuarbeiten, der in Übereinstimmung mit dem im Januar von Sir Reginald Tower eingereichten Projekt geprüft werden wird. Ferner wird die Frage der Verteilung des deutschen Staatsgutes zwischen Polen und Danzig erörtert. Die Frage des Baues eines großen Hafens wird dieser Verteilung untergeordnet. Da die Mächte hierüber keine Entscheidung getroffen haben, wurde beschlossen, daß die polnische Regierung in Paris Schritte unternehmen, um zu einer raschen Entscheidung zu gelangen. Man erwäge die Umgestaltung oder auch Auflösung der Sicherheitswehr, was für die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten notwendig sei. Sir Reginald Tower teilt die Ansicht der polnischen Regierung, daß Danzig ein bedeutender Hafen Polens werden müsse, zunächst als Handels-Hafen, dann als Kriegshafen. Die polnischen Vertreter wünschen, mit Danzig die besten Beziehungen zu unterhalten. Polen wird die Versorgung Danzigs bis zur nächsten Ernte übernehmen.

Die Reichswehr räumt das Ruhrgebiet.

Der Minister des Innern Seizing erklärte einem Mitarbeiter der P. P. R., die Rückberufung der Truppen aus dem Ruhrkreis habe begonnen. Erst werde wohl erforderlich erscheinen, der von der grünen Polizei gestellt werde. Er halte es für das Zweckmäßigste, wenn bald eine Verstärkung der Sicherheitspolizei erfolge. Gleichzeitig mit der Vermehrung müsse eine wirkliche demokratische Reorganisation der Sicherheitspolizei durchgeführt werden. Die ersten Schritte dazu seien getan. Die kompromittierten Führer der Abteilungen und Hundertschaften würden unentzündlich entlassen. Tägliche Beichte im Unteroffiziersrang würden befördert. Den Abteilungsstellen würden Ziellkommissare beigegeben. Zu den verschiedenen Putschgerüchten erklärt der Minister, er halte diese Gerüchte für übertrieben. Schließlich teilte der Minister mit, daß das Ergebnis der Abstimmung im Ruhrgebiet sehr unbeständig gewesen sei.

Die Franzosen vor dem Rückzug.

Paris, 19. April. (WLB.) Der "Matin" meldet aus Frankfurt a. Main, die französische Kavallerie, die die Zone bedeckt habe, die sich vom Brückenkopf von Mainz ausdekte, sei zurückgezogen worden. Es verblieben nur noch einige Dragoner in Hanau. Ueberall entdeckte man die Anzeichen dafür, daß die Franzosen ihren Rückzug vorbereiten und sie nicht mit einer längeren Besetzung rechnen.

Höls.

Der Berliner Volksanzeiger meldet aus Dresden: Ausfrag wird berichtet, daß eine sächsische Kommission, die in Eger eingetroffen ist, Höls als den Räuberhauptmann von Hallenstein identifiziert hat. Das Berliner Tageblatt meldet aus Dresden, daß die sächsische Regierung heute nachmittag das Auslieferungsverlangen wegen Höls bei der Thesko-Slowakei gestellt hat.

Folgen des Kapp-Putsches für die Landwirtschaft.

In welch harrem Maße unsere Landwirtschaft mittelbar unter den Folgen des Kapp-Putsches zu leiden hat, zeigt ungweideutig eine Besprechung der Ländereigentümern im Preußischen Landwirtschaftsministerium. Der Vertreter des Kaliindustrie erklärte: "Es ist außerordentlich bedauerlich, daß durch den Kappischen Aufstand die Rauhversorgung des Gebiete Brandenburg, Sachsenburg und der Provinz Sachsen sowie Anhalts — nachdem Pommern, Schlesien und die nordwestliche Mark bereits hinreichend, teilweise sogar voll beliebt waren —, jetzt zu spät kommen werde." Der Sachverständige aus dem Gebiete der Stoffindustrie gab seiner Meinung wie folgt Ausdruck: "Es ist uns gelungen, in den letzten Monaten die Abtransporte von Stoffen ganz außerordentlich zu steigern. Wir haben im Dezember 26 000 To. — alle diese Zahlen beziehen sich auf Stoff ohne Kalk — herausgebracht, im Januar 32 000 To., im Februar 41 000 To., und wir hoffen erwarten dürfen, daß wir im März fast doppelt soviel herausbringen können wie im Dezember, wenn dieser wahnsinnige Umsturzversuch mit seinem Eingreifen in das Wirtschaftsleben nicht erfolgt wäre."

Die Wahlen der Reichsratsmitglieder.

Berlin, 19. April. (WLB.) Der Landesversammlung geht heute ein Gesetz über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen zu. Die Wahlen der Reichsratsmitglieder erfolgen danach in den

einzelnen Provinzen durch Provinzialausschüsse, in Berlin, durch den Magistrat. Jeder Provinzialausschuß hat ein Mitglied und einstellvertretendes Mitglied zu wählen. Gewählt werden können alle Staatsbürger, die seit drei Jahren in der Provinz wohnen und das 35. Lebensjahr erreicht haben.

Vertagung der Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein.

Berlin, 19. April. Wie bereits gemeldet, soll die Nominierung der Wahlen in ganz Ostpreußen und im ganzen Oberschlesien solange vertragt werden, bis die Volksabstimmung in allen Teilen der Provinzen abgeschlossen ist. Außerdem verlautet auch, daß dieselbe Ansicht bezüglich Schleswig-Holsteins besteht, falls in der zweiten Zone noch nicht gewählt werden darf.

Wahlen in der Pfalz.

Bei den Stadtratswahlen in der Pfalz, die am Sonntag stattfanden, beteiligten sich circa 50-80 Prozent der Wahlberechtigten. Gewählt wurden in Ludwigshafen 7 Deutsche Volkspartei, 5 Mehrheitssozialisten, 4 Zentrum, 4 Demokraten, 12 Unabhängige; in Landau 9 Deutsche Volkspartei, 8 Zentrum, 6 Mehrheitssozialisten, 5 Demokraten, 2 Parteilose; in Neustadt an der Haardt, 8 Mehrheitssozialisten, 7 Demokraten, 7 Deutsche Volkspartei, 5 Zentrum, 3 Unabhängige, 2 Parteilose; in Frankenthal 12 Mehrheitssozialisten, 5 Zentrum, 4 Unabhängige, 4 Bürgervereinigung, 3 Demokraten, 3 Deutsche Volkspartei, 2 Parteilose; in Speyer 12 Unabhängige, 9 Mehrheitssozialisten, 8 Zentrum, 4 Demokraten, 4 Deutsche Volkspartei; in Pirmasens 8 Unabhängige, 7 Deutsche Volkspartei, 5 Demokraten, 5 Zentrum, 5 Mehrheitssozialisten, in Kaiserslautern 12 Unabhängige, 9 Deutsche Volkspartei, 7 Mehrheitssozialisten, 6 Zentrum, und 6 Demokraten.

Erzberger vom Zentrum fallen gelassen.

Vom Berliner Tageblatt verlautet, daß der Reichsausschuß des Zentrums sich gestern mit überwiegender Mehrheit gegen eine Reichstagskandidatur Erzbergers ausgesprochen habe.

Deutschnationale Parteiflüchtlinge.

Berlin, 19. April. Die "Tägliche Rundschau" erhält eine Botschaft, der wir folgendes entnehmen: Das stärkste Herkunftsland extrem gerichteter Persönlichkeiten innerhalb der Deutsch-nationalen Partei und deren Einstellung auf die Entwicklung der Partei veranlaßt uns zu folgender Erklärung:

"Wir stehen vorbehaltlos auf verfassungsmäßigem Boden. Eine Aenderung der Verfassung darf nur auf gesetzlichem Wege erfolgen. Wir verurteilen jeden Versuch einer gewaltsamen Aenderung der Verfassung aufs schärfste. Wir treten ein für die Verwirklichung der von uns abgeordneten Strelzmann ausgesprochenen, aber vom Grafen Weizsäcker in der 'Kreuzzeitung' abgelehnten Möglichkeit eines Zusammengehens auch mit den Mehrheitssozialisten, sofern sie sich streng in verfassungsmäßigen Bahnen bewegen und zugunsten einer Volksverbindung von ihrer Machstellung mit Würdigung Gebrauch machen. Wir halten dafür, daß die staatliche Sozialisierung nach neuerlicher Regelung des Verhältnisses zwischen den Unternehmern der Betriebe sowie den Arbeitern und Angestellten mit dem Ziel einer ausgedehnten Unternehmengemeinschaft zur Durchführung der bereits bestehenden Arbeitergemeinschaft folgen kann. Das wäre zu einer einheitlichen Volksgemeinschaft für die Wiedergebundung des zusammengebrochenen Vaterlandes unerlässlich. Doch ist Voraussetzung für die Errichtung dieses Ziels: Das Zusammenwirken der Parteien auf mittlerer Linie, das uns besonders am Herzen liegt. Wenn wir auch wissen, daß unsere Auffassung von vielen und auch von leitenden Männern der Deutsch-nationalen Volkspartei geteilt wird, so haben wir doch mit Bedenken feststellen müssen, daß einflußreiche Persönlichkeiten, und vor allem die der Partei nahestehende Prese, einen gegenteiligen Standpunkt vertreten. Nachdem uns von der Deutschen Volkspartei die Gewissheit gegeben ist, daß diese unsere Auffassung in ihren Reihen ungeteilte Zustimmung findet, lösen wir unsere Beziehungen zur deutsch-nationalen Volkspartei und treten zu der ihr nahestehenden Deutschen Volkspartei über."

gez. Dr. Otto Arndt.

v. Dewitz,

v. Rendorff,

Rätefeier.

Berlin, 18. April. Im "Vorwärts" veröffentlichte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen Aufruf zur Rätefeier, die jetzt als ein Schrei nach Recht durch die ganze Welt hallen müsse. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat einen Antrag eingereicht, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag der Arbeit zu erklären.

Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 19. April. (WLB.) Der Reichswirtschaftsrat, ausgebildet der Nationalversammlung schloß sich in den heute befindlichen Beratungen über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat den Vorschlägen des Unterausschusses an, wonach der vorbereitende Reichswirtschaftsrat aus 328 Mitgliedern in folgender Zusammensetzung besteht: 68 Vertreter der Land- und Forstwirtschaft, 6 Vertreter der Gärtnerei und Fischerei, 62 Vertreter der Industrie, 44 Vertreter des Handels, der Banken und des Versicherungswesens, 34 Vertreter des Bergbaus und der öffentlichen Unternehmen, 36 Vertreter des Handels, 30 Vertreter der Verbraucherschaft, 16 Vertreter der Beamtenchaft und der freien Berufe, 12 mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Landesteile besonders vertraute Persönlichkeiten, die vom Reichsrat zu ernennen

sind, und 12 von der Reichsregierung nach freiem Ermessen zu ernennende Persönlichkeiten, die durch besondere Leistungen die Wirtschaft des deutschen Volkes besonders gefördert haben, oder zu fördern besonders geeignet sind.

Die neue Sozialisierungskommission.

Berlin, 17. April. Die Regierung hat unmittelbar nach dem Abkommen die erforderlichen Schritte getan, um eine Kommission zu bilden, die die Möglichkeit der Sozialisierung einzelner Industrien zu prüfen, Befreiungen mit den in Frage kommenden Instanzen abzuhalten und die in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern dann der Regierung Vorschläge zu machen hat. Soweit sich bis jetzt übersehen lässt, werden die Mitglieder der alten Sozialisierungskommission bis auf einige wieder ihr Amt übernehmen. Nach einer Mitteilung der "Börsischen Zeitung" ist in den letzten Sitzungen der bisherigen Kommission beschlossen worden, als Vertreter der Unternehmer den beh. Oberregierungsrat Wiedfeld, Karl Friedrich v. Siemens, Melchior, Walter Rathenau, und Krämer hinzuzuziehen. Als Wissenschaftler dürfen die Professoren Cuno und M. Weber berufen werden. Weiterhin dürfen Professor Lindemann, Oberpräsident Schwander und Adolf Braun-Rünenberg in die Kommission hineinkommen. Auch die Gewerkschaften werden eine Anzahl Vertreter in diese Körperschaft entsenden. So werden von der Gewerkschaftskommission aller Wahrscheinlichkeit nach Cohen und Wissel, von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände Kaufmann delegiert werden. Auch die Hirsch-Dunderbörsen und Christlichen Verbände werden in der Sozialisierungskommission vertreten sein, doch ist bis jetzt noch nicht bekannt, wer für diese Arbeitserverbände eingespielt wird. In den nächsten Tagen wird die neue Sozialisierungskommission unter dem Voritz Rautals zusammengestellt. Das Kabinett wird die Zusammensetzung der Sozialisierungskommission dann zu bestätigen haben."

Die Übernahme des Verkehrswechsels durch das Reich.

Berlin, 19. April. Der Nationalversammlungsausschuss für die Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich stimmt heute dem Staatsvertrag zu. Vertreter aller Parteien erhoben starke Bedenken insbesondere gegen die Einzelstaaten zu zahlenden Beiträge. Unter vielseitiger Zustimmung bezeichnete ein Redner das Ganze als einen Raubzug der Länder aus die Taschen des Reiches. Aus politischen Gründen wurden jedoch die Bedenken zurückgestellt und der Antrag angenommen, bei den Einzeländerungen nicht zulässig waren. Die Schlusstimme wurde bis nach Beendigung der Finanzdebatte im Haushaltshaushalt zurückgestellt.

Neubesetzung von Staatsstellen in Pommern.

Berlin, 19. April. Die "Post" meldet aus Stettin, daß bei Begrüßungen des Stettiner Oberpräsidenten und des Polizeipräsidenten mit der Regierung beschlossen wurde, die Stettiner Sicherheitspolizei durch organisierte Arbeiter bedeckt zu verstärken. Sieben Landräte, die sich nicht als zuverlässig genug erwiesen, sollten in den nächsten Tagen abberufen werden. Für die Regierungsbezirke Stralsund, Stettin, Köslin sollen Kommissare mit entsprechenden Vollmachten des Oberpräsidenten amtieren.

Die Sparprämienpropaganda.

Berlin, 20. April. Der Hauptausschuß der Nationalversammlung hat sich mit der Propaganda für die Sparprämienanleihe beschäftigt, wobei der Berichterstatter Dr. Haas ziemlich scharf vorgegangen ist. Die "Deutsche Tageszeitung" bringt nun noch Einzelheiten, denen zufolge die verschiedenen in Betracht kommenden Stellen unter Ausschaltung der elementarischen Anforderungen des gehobenen Verfahrens einander vorbeigearbeitet hätten. Aber der Verdacht weitgehender Korruption liegt nahe. Manche Firmen und Einzelpersonen hätten sich schon bereitgefunden, zuviel erhaltenen Beträge zurückzuzahlen, so zum Beispiel die Druckereien Möller und Dietrich Reimer, ferner der Komponist Maaz, der für die Genehmigung daß ein von ihm komponiertes Lied in den Tingleitangels gespielt und gesungen wurde, die Summe von 400.000 Mark erhalten habe.

Die Einwohnerwehren.

Die deutsche Regierung hat in einer längeren Note an den Vorsitzenden des internationalen Überwachungsausschusses ihre Stellung bezüglich der Einwohnerwehren nochmals dargelegt, insbesondere betont, daß die Note der Entente, die die Einwohnerwehren verbietet, von falschen Voraussetzungen ausgeht. Es wird nochmals gründlich der völlig unmögli-

cher Charakter der Einwohnerwehren dargelegt. Am Schluß steht es: Lediglich dem unter Verleumdung der tatsächlichen Verhältnisse aufgewandten Drude der alliierten Regierungen weidend hat sie sich nunmehr entschlossen, die Auflösung der Wehren in ihrer jetzigen Form zu veranlassen. Die deutsche Regierung vermögt aber nicht anzuerkennen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages sie zwingen, der Bevölkerung jede Möglichkeit des unter den angegebenen Verhältnissen bis auf weiteres unbedingt nötigen Selbstschutzes zu versagen.

Mitglücker Plan einer Räterepublik.

Der Unabhängige Kieler Führer Hansen, enthielt in einer Versammlung in Rendsburg, daß die Kieler Unabhängigen in den Tagen der Rappunruhen im März nach dem Sieg über das reaktionäre Militär im Begriff gestanden hätten, auf dem Marktplatz in Kiel eine Räterepublik Schleswig-Holstein auszurufen, daß ihm aber die Führer der Mehrheitssozialdemokraten in die Arme gefallen seien. Hansen bedauerte, daß es nicht zur Ansiedlung der Räterepublik, von der er sich einen Ansporn auf den Rädgedanten im Rheinland, Westfalen, Sachsen und Thüringen versprach, gekommen sei. Er mache bei der Gelegenheit auch Mitteilung von dem Stärkeverhältnis innerhalb der Kieler Sozialdemokratie; die Mehrheitssozialdemokraten zählen danach 16.000 eingetragene Mitglieder, die Unabhängigen 3500 und die Kommunisten 500.

Der Gefangenenaustausch mit Rußland.

Berlin, 19. April. (W.T.B.) Wie die Reichsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene mitteilt, ist das Abkommen mit der russischen Sowjetregierung über den gegenseitigen Gefangenenaustausch am 19. April unterzeichnet worden. Das Abkommen tritt nach Ratifizierung durch die Regierungen beider Staaten in Kraft.

Millionenspende des Papstes für deutsche Kinder.

Wie aus Breslau gedruckt wird, sind durch den Papst Benedikt XV. dem Kardinalfürstbischof Bertoni in Breslau eine Million Lire für hängende und notleidende Kinder in den deutschen Diözessen zugewiesen worden. Die Einlösung ergab einen Betrag von 4.534.000 Mark. Diese Summe ist in zwei Raten unter die Diözessen von ganz Deutschland aufgeteilt worden, und zwar nach der Seelenzahl unter Berücksichtigung besonderer sozialer Notstände.

Die Viehleistungen an den Verband.

Die Köln. Volkszeitung macht Mitteilung von einer Erhöhung der Preise für die an den Verband abzuliefernden Tiere, und zwar betrifft sich diese Erhöhung, die durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten des preußischen Landwirtschaftsministeriums mit dem Reichsproduktionsministerium und dem Reichsfinanzministerium möglich geworden ist, nicht nur auf Pferde, sondern auch auf die Viehpreise. Die Preise sind wie folgt festgesetzt worden:

		hisher. Preis	zukünftig. Preis
a. Pferde:	1½ jähr. Stuten	10.800,-	14.000,-
	2½ "	14.400,-	18.000,-
	3 jähr. u. äl. Stuten	16.800,-	20.25.000,-
b. Kinder:	Hengste	36.000,-	36.000,-
c. Schafe:	Rübe	3.960,-	5.500,-
	Tragende Färse	3.960,-	5.500,-
	Jungfrüder	1.800,-	2.500,-
d. Rinder:	Bullen	4.200,-	5.500,-
e. Giegen:	Holstein. Milchschafe	600,-	800,-
	ostpreußische	660,-	800,-
	alle anderen Schafe	540,-	540,-
	Schafköpfe Merino	3.000,-	3.000,-
	alle and. Schafköpfe	1.800,-	1.800,-
e. Geflügel:	Giegen	540,-	650,-
	Böcke	540,-	650,-
	Hühne	48,-	48,-

Wahlergebnisse in der Tschechoslowakei.

Nach einer Wolff-Meldung aus Prag waren bis zum gestrigen Abend in 146 Wahlkreisen, in denen 220 Abgeordnete zu wählen sind, 153 Abgeordnete gewählt. 67 Mandate blieben unbelegt. Es erhielten von den deutschen Parteien die Christlich-Sozialen 4, der Bund der Landwirte 6, die Sozialdemokraten

23, die Deutsch-Demokratische Freiheitspartei 2 und die Deutsche Wahlgemeinschaft 8 Stimmen, insgesamt also 43 Mandate. Von den tschechischen Parteien erhielten die Nationaldemokraten 12, die National Sozialdemokraten 17, die Sozialdemokraten 44, die Agrarier 21, die Gewerbetreibenden 1, die Volkspartei 14 und die Modraces-Partei 1, insgesamt 110 Mandate.

Die Verteidiger von Raubauge vor Gericht.

Paris, 19. April. Heute begann vor dem Strafgericht die Verhandlung gegen sieben französische Offiziere wegen der Kapitulation von Raubauge am 28. September 1914. Sie sind angeklagt, weil sie vor dem Feinde ihren Posten verlassen haben.

England und Rußland.

Kopenhagen, 19. April. (W.T.B.) Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge meldet das Bolschewistische Blatt "Prawda": Das englische Ministerium des Innern hat an den Botschaftsminister für auswärtige Angelegenheiten Tschischerin, ein Telegramm gesandt, worin die englische Regierung jetzt zugibt, daß Denitsch endgültig geschlagen ist. In dem Telegramm wird die Regierung aufgefordert, weiteres Blutvergießen zu vermeiden, die militärischen Operationen in Südrussland einzustellen sowie eine allgemeine Truce zu veröffentlichen. In seiner Antwort erklärt Tschischerin, daß die Verpflichtungen Englands gegenüber dem zaristischen Rußland mit der Niederlage Denitsch aufgeheben sind. Zwischen Rußland und England mühten nun die Beziehungen angestrengt werden.

Die Heeresstärken der Welt.

Sir A. Williamson hat in den englischen Parlamentarischen Ende März folgende Heeresstärken angegeben: Frankreich 350.000, Schweden 328.000, Italien 250.000, Vereinigte Staaten 242.000, Rumänien 230.000, Deutschland 200.000 (ab 10. Juli 100.000), Griechenland 200.000, Spanien 190.000, Jugoslawien 170.000, Tschechoslowakei 150.000, Schweiz 140.000, Norwegen 138.500, Niederlande 137.600, Belgien 100.000, Dänemark 86.400, Bulgarien 44.000, Ungarn 35.000, Portugal 35.000, Deutschland 30.000.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg den 21. April 1914.

(—) Silberne Hochzeit. Die Cheleule, Herr Bäumeister und Gastwirt Peter Josef Wittich und Frau geb. Fochinger in der Bäumeisterstraße, begeben am Georgstag, 23. April, ihre Silberne Hochzeit.

(—) Frühjahrswitterung. Nach der sehr warmen Witterung der letzten Tage, die uns einen vollen Frühling brachte, ist infolge verschiedentlich aufgetretener Gewitter sehr eine merliche Abkühlung eingetreten. Ein Gewitter mit Hagelscheinung, die sich besonders tröstend unterhalten kann, bemerkbar machte, zeitigte auch der gestrige Abend.

(—) Verein ehemaliger Kriegsgefangener. Unter dem Vorsitz des Herrn Lehrers Grim, Vorsitzende am vergangenen Sonntag im Restaurant Stadtkeller, die erst fürstlich gebildete Ortsgruppe der Kriegsgefangenenvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener von Limburg und Umgebung. Nachdem Herr Grim einen Überblick über die Tatsachen und Ziele der Kriegsgefangenenvereinigung gegeben hatte, kam man zu der Erkenntnis, daß nur ein schlossenes und seitens ihres Vorgesetzten der getroffenen Verhandlungen der Kriegsgefangenen nutzen könne. Nun beschloß deshalb die Angliederung an die Reichsvereinigung der Kriegsgefangenen und empfahl eine rege Tätigkeit unter Heimgelehrten. Es liegt nun im eigenen Interesse der Heimgelehrten Kriegsgefangenen, sich den bestehenden Gruppen anzugehören. Anmeldungen unter Beifügung eines Monatsbeitrags sind zu richten an Herrn Grim, Waldauer, Limburg, Domplatz 6.

(—) Kolonialgesellschaft. Nachdem der am angefechteten Vortragsabend der Kolonialgesellschaft durch Verletzungen in Folge der Belagerung Frankfurts im letzten Augenblick abgesagt werden mußte, ist es Abteilung Limburg gelungen, einen anderen Redner dem unbefreiten Gebiet für Dienstag, den 27. April gewinnen, wobei man freilich darauf bauen muß, daß es wieder ein unvorhergesehenes Hindernis, Verletzungen etwa, alle Vorbereitungen über den Haufen wirft. Wird Herr Dr. med. Van aus Bildungen über Kultus und Kultus in China sprechen. Hängt der Gegenstand

Mit einer wehmännischen Verbeugung trat er zu und sagte beißend:

"Warum gehst du nicht weiter? Genieß' ich nicht? Du bist doch allein — ohne den vornehmsten Begleiter — es hat keiner geschenkt, daß der Andeut einer abgetanen Sache, wie ich bin, dich erstickte. Oder sonst du dich vor mir?"

Serena schaute einen Augenblick, aber dann überwand sie das Glück dieser völlig unerwarteten Begegnung, ausgestreckten Händen und strahlendem Blick ging sie auf zu: "O, Richard, — Richard — endlich!" Kammelte in Freude bebend.

Er machte eine unruhige Bewegung, als wollte er abwarten, und mischte ihren Blick.

"Bitte, zwinge mich noch nicht. Ich erwarte nicht, daß du dich irgendwie bewegt gesellst. Ich —

"Richard, höre mich an. Die ganze Zeit jetzt dachte ich nur an dich. Morgen wollte ich zu dir nur kann ich es dir heute sagen — dich bitten — Richard —"

"Bitte bitten", fiel er mit vor Erregung rauher Stimme ein, "dah ich dir die Freiheit piedergebe — ich Scheiden — jawohl — aber —" er packte plötzlich den Arm mit zornigem Griff und schüttelte ihn rüttelnd. "Weiß — weißt du denn, was ich gelitten habe? Was aus mir gemacht hast? Wie — wie ich dich hätte —

Serena hörte nur eines aus seinen Worten heraus, er gelitten hatte um sie. Daher noch litt. Wahnsinn vor Eifersucht —

Ein Strom namenloser Freude durchströmte ihn. Man ist nur eifersüchtig, wo man noch liebt!

Sie ließ ihren Arm in seiner Gewalt und schaute anderen um seinen Nacken.

"Dick bitten, daß du mir vergibst," stieß sie unter Tränen heraus, "nichts anderes. Ich war töricht — hab's solange nicht gewußt, wie lieb ich dich Richard — wie lieb!"

Nie hatte er ihre Stimme so weich und demütig. Einen Augenblick stand er wie erstarri.

... die Bäume leuchteten sich, eine Wiese mit vereinzelten Ahornen dehnte sich vor Serenas Augen. Nun stand sie sich auch zugetraut, Eins von dem Hedenmauer, der längs der Wiese hinließ, sah man schon die Bäume der Hauptallee.

Gleichzeitig erkannte sie aber auch an dem jahrscheinlichen Schein der über der Wiese lag, und an den blaugrauen brodelnden Wolkenmassen darüber, daß ein Gewitter am Himmel stand. Und sie begriff, warum es so menschenleer war ringsum.

Es war die höchste Zeit, daß sie sich nach einem Schützen-Dorf umsah. Von hier zur Hauptallee gab es keinen Weg. Sie mußte quer über die Wiese. Turzig und matt lagen die Gräser übereinander, ein feiner Duft entströmte den Stäbosen, bei jedem Spaziergang den Serena vorwärts mochte rauschten die Blätter.

Plötzlich fuhr sie erschrockt zusammen. Sie hatte die vereinzelt stehenden Ahornbäume beinahe erreicht und gewahrte nun an einem der Stämme einen Mann, der, ihr den Rücken zuwendend, mit verschrankten Armen daran lehnte. Regungslos, wie alles ringsum, als stände kein Gewitter drohend am Himmel.

Er wurde bang vor dem einsamen Menschen an dem abgelegenen Ort. Sie wußte, daß der Prater in seinen weglosen Partien auch als Schlupfwinkel für allerlei leichtsinniges Gesindel galt. Selbstmörder suchten ihn auf ... wenn der Mann dort ...

Sie schaute zusammen. Dann rief sie die Vernunft zu Hilfe. Vorüber mußte sie doch — vielleicht war es nur ein harmloser Spaziergänger, ein Träumer, der die Natur beliebte, wie sie selbst es auch oft getan hatte.

Er rührte sich nicht. Selbst als er ihren Schritt schon hinter sich hören mußte. Dann — sie hatte ihn beinahe erreicht — wandte er sich plötzlich um ...

Serena stand plötzlich wie zu Stein erstarri.

Der einsame Träumer war ihr Mann.

"Du!!!" — war alles was sie herausbrachte.

Einen Augenblick sahen sie einander wortlos an, sah, wie geschröpft.

Dann verzerrte sich sein Antlitz und nahm plötzlich einen hämischen Ausdruck an.

Vorlagen aus, nicht unmittelbar mit unseren Kolonien zusammen, so ist doch andererseits China ein Land, das sich unteren Siegern nur gezwungen angeschlossen und uns sein Wohlwollen bewahrt hat, so daß man mit einiger Zuversicht darauf rechnen kann, daß es der deutschen Mission längstens keinen Widerstand entgegenlegen und dadurch eine gewisse überseeische Tätigkeit ermöglicht wird, an die sich weiteres anknüpfen läßt.

„Evangelische Gemeinde.“ In der nächsten Sammlung für den Gustav-Adolf-Verein durch die Kirchenvorsteher bezogenen Mitgliedern der evangelischen Gemeinde Limburg erhoben werden. — In diesem Jahre, und zwar am 1. und 2. Juni, wird das Gustav-Adolf-Fest des Hauptvereins Wiesbaden hier in Limburg gefeiert werden. Es ist eine alte Sitte, daß die Gemeinde, in der das große Gustav-Adolf-Fest gefeiert wird, dem Vorstand des Hauptvereins eine besondere Feste für eine besonders bedürftige Diaspora-Gemeinden überreicht. Damit dies von Seiten der evangelischen Gemeinde Limburg, die dem Gustav-Adolf-Verein unendlich viel zu danken hat, geschehen kann, werden die evangelischen Gemeindelieder freudlich gebeten, ihre Gabe in diesem Jahre besonders hoch zu bemessen, oder besser noch — außer ihrer gewohnten bisherigen Gabe einen bestimmten Betrag für die Feste zu stiften.

„Nachträgliche Verförderung.“ Das Abwidlungsmittel des 18. Armeekorps in Bad Nauheim teilt mit, daß aus der Kriegsgesangenschaft zurückkehrende Unteroffiziere und Mannschaften, die im Bereich des früheren 18. Armeekorps ihren Wohnsitz haben, Anträge auf nachträgliche Verförderungen unmittelbar dem Abwidlungsmittel einzureichen könnten. Räther teilt die Verpflegungsstelle, früher Bezirkskommando, mit.

„Dies, 19. April. Unsere Polizei ist zurzeit wieder mit der Aufklärung eines umfangreichen Lebensmitteldiebstals beschäftigt. Aus einem Keller des Kreises in der Kanalstraße wurden bei hellem Tage 2 Fässer Schmalz geholt und in einem anderen Keller untergebracht, um von dort jedenfalls weiter verschoben zu werden. Die ganze Sache scheint noch weitere Kreise zu ziehen. Im Keller wurde ein schon geleertes Fäß angefunden.“

„Dies, 18. April. Die frühere Brauerei „Zur Ede“ ging für 50.000 Mark an Kaufmann Karl Schneider hier über.“

„Wintzig, 18. April. Wahrsinnige Preise ergab eine hier abgehaltene Kleider-Versteigerung. Man gelangte bis zu 24 Mark für die Rote Kleid, was ein sehr teures Futter ergibt. In Friedenszeiten erzielte man höchstens 1,20 Mark bis 1,50 Mark die Rote und jetzt 24 Mark.“

„Höchst, 19. April. Billiges Schmalz ist nun auch in Höchst zu haben. Unsere Bürgermeister bieben es jetzt zu 20 Mark (heißt 25 Mark) an, und zwar in besserer Qualität. Daß die Schmalzpreise gegenwärtig auch anderswo eine rückläufige Tendenz zeigen, geht aus einer Geschäftsanzeige in Wiesbaden hervor, wo die dortige Firma Strauß, Dienststraße 21, das Pfund prima Schweinschmalz zu 17 Mark anbielt.“

„Höchst, 19. April. Eine tapfere Tat vollbrachte gestern der 15jährige Sohn Peter des Bürstenmachers Herrn Klein, indem er einem bei der Nähe in den Main gefallenen Büchsen nachsprang und dieses glücklich herausholte. Ohne das mutige, entschlossene Zugreifen wäre das Kind wohl ertrunken.“

„Frankfurt, 20. April. Für Samstag nachmittag hatten Eisenbahnbedienstete im Ostgüterbahnhof eine umfangreiche Bevorratung von Eisenbahnwagen vorbereitet. Der Haub, es handelte sich um Benzin, kam der Eisenbahnkriminalpolizei rechtzeitig zur Kenntnis, so daß entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden konnten. Mehrere Bewohner machten sich in der Nähe des Waggons auf einem Adergrundstück als harmlose Härner zu schaffen und wassen die Härnermosse in dem Augenblide ab, als der mit den Eisenbahnern zusammen arbeitende Fuhrunternehmer David Schrimps, Löbersgasse 41, Holz eine Eisenbahnrmühle trug, mit einem Wagen Benzinfässer abfahren wollte. Erst nach erblittertem Kampfe konnte die Räubergruppe überwunden und festgenommen werden. Weitere Verhaftungen standen bevor. Die Untersuchung ergab, daß die Festgenommenen schon mehrere derartige Benzindiebstähle ausgeführt und das Benzin an zwei Bodenheimer Geschäfte verkaufst hatten.“

„Rosen, 1. Mai. (WTB.) Heute nachmittag ging über Rosen und Umgebung ein Wogenbrand nieder. Die tiefer gelegenen Stadtteil eichen unter Wasser. Der Schaden ist unübersehbar. Die Gefahr wächst.“

„Wie sich die letzten Schuhpreise erklären. Sie erklären sich recht einfach, wenn man die ungeheure Verdienst der verschiedenen Schuhabteilungen erfaßt. Wie hoch Verdienst aber in Wirklichkeit sein müssen, erfaßt man aus der Lage eines Frankfurter Schuhfabrikanten, der von seinem Teilhaber die Herausgabe von 600.000 Mark

„Der erste Donner rollte über ihren Häuptern hin, sie mettelten es beide nicht. Serena hämmerte sich eng an ihres Namens Brust.“

„O, du — du darfst nicht so böse mit mir sein, hörest du? Du mußt mich anhören. Du weißt ja nicht, wie auch ich gelitten habe! Wie ich gewarnt habe auf dich immer immer —“

„Sein Atem ging schwer, in seiner Stimme war nichts mildes; funkelndes Würtztrauen im Blick sah er sie an. Ihren Arm hatte er freigegeben.“

„Auf — mich? Du wirst dich irren, Serena. Oder dochstens gewarnt, daß ich dir die Freiheit wiedergebe. Das mußt ja wieder bekratzen —“

„Sie begriß plötzlich alles. Warum er nicht gekommen war, warum er sie „holt“, warum sein Blick so eisig war, seine Arme so schlaff niederringen und die Brust, an der sie lebte, so körnisch auf und nieder wogte.“

„Ein übermütiges Blitzen trat in ihre Augen. Sie schlang auf den zweiten Arm um seinen Hals, damit er nicht ausreißen könnte. Dann sagte sie, ohne sich an seine stumme Abwehr zu lehnen, schmeichelnd:“

„Und wenn ich's wollte — du — würdest du mich aufwillig frei lassen? Du warst immer so gut und mäßig — würdest du jetzt auch still davongehen und mich einem anderen lassen?“

„Rein!“ lachte er ausbrechend und stieß sie wild von sich. „Riebber!“ sein Bild versankt sich starr in den ihren. „Heißer Idiot! er, lieber würde ich dich — töten! Dich und mich. Wenn du mich auch nie geliebt hättest — ein anderer soll dich nicht besiegen!“

„Serena lag plötzlich zu seinen Füßen. Tränen liefen über ihre Wangen, aber die Worte, welche von ihren Lippen fielen, trugen einen jubelnden Klang.“

(Fortsetzung folgt.)

verlangt. Um diesen Beitrag soll der Beilagte die Gewinnrechnung geäußert haben. Wenn Fälschungen im solcher Höhe möglich sind, auf wie hoch beziffert sich dann der wirkliche Verdienst?“

„Wer hat dann das Wort Karat?“ Nichts als Fälschung wird gegenwärtig, da der Handel mit Juwelen einen Umsatz angenommen hat, den er vielleicht noch nie beiseite hat, das Wort Karat ausgesprochen, da das Karat die Einheit des Goldes noch nach dem Karat bestimmt wird. Das Wort Karat stammt aus dem Wort Karateion, mit dem alten Griechen die Frucht des Johanniskorbbaumes zu bezeichnen pflegten, und woraus die Karat dann das Wort Karat machten. Daß die Bezeichnung unseres Juwelengewichts vom Johanniskorb herkommt, erklärt sich damit, daß die reifen, fast immer gleich großen Samen der Frucht in der alten Zeit als Gewichtseinheiten — also ebenso wie auch das heutige Karat noch — für Gold und Juwelen verwendet wurden. Als Goldeneinheitsgewicht, von dem 24 Karat auf eine Mark Feingold gingen, ist das Karat heute nur mehr wenig in Gebrauch; dagegen werden die Edelsteine nahezu ausschließlich nach dem Karat gewertet, dessen Gewicht indessen in den verschiedenen Ländern wechselt. So hat z. B. das deutsche Karat 20,5537 Zentigramm, während für das französische 20,5500 und für das englische 20,5304 Zentigramm als Gewicht bestimmt wurden. Früher stand das Karat aus als Apothekergewicht vielfach Verwendung.

„Eigenartige Ausfälle.“ Spanien hat diese Österwoche eine Reihe von Aufriegungen gebracht, die durch einige, ungewöhnliche Ausfälle hervorgerufen wurden. Daß die Kohlenarbeiter den Generalauflauf verkündigt haben, wäre ja nach dem gegenwärtigen Gang der Dinge an der Tagesordnung. Aber auch andere Berufsarten, die bisher noch nicht an Auflauf dachten, haben sich zu Gewerkschaften zusammengeschlossen, um höhere Lohnforderungen durchzudrängen und mit dem Auflauf gedroht. So haben sich die Stierkämpfer in ganz Spanien organisiert und sind gerade in der Österwoche, wo die geübten und bejubelten Stierkämpfe stattfinden, mit gewaltigen Mehrforderungen hervorgetreten. Man kann nicht sagen, daß das spanische Volk dieser Stierkämpfer am Hungertuch nagen ließ. Die Picadores, die den Stier mit ihren Lanzen aufstacheln, erhalten für jeden Kampf noch Friedenswert 200 bis 400 Mark; die eigentlichen Kämpfer des Stieres, die Matadore verdienten bei einem Gefecht 4000 bis 7000 Mark und mehr. Nun wollen sie sich aber mit solchen Gewinnstilen nicht mehr begnügen. Noch eine andere Arbeitergattung hat sich die günstige Lage in der Österwoche zunutze gemacht. Das waren die Leute, die bei den großen Österprozessionen die Heiligenbilder vorantragen. Auch sie haben sich zu einer Gewerkschaft zusammengetan und verlangt, daß man ihnen ihre Dienste wie bisher als bischöfliche Leistung. Da sie drohten, wenn man ihre Forderungen nicht erfüllte, die Heiligenbilder während der Prozessionen auf der Straße stehen zu lassen, so mußten die kirchlichen Behörden gute Wiene zum bösen Spiel machen und nachgeben, denn es hätte zu den größten Nagerissen und den unliebsamsten Szenen geführt, wenn die Österprozessionen auf die höchste profane Weise geprägt worden wären.“

Hilflicher Teil

(Vtr. 40 vom 21. April 1920.)

Berordnung.

betreffend vorläufige Regelung des Luftverkehrs.

Bonn, 31. März 1920.

Auf Grund der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten, betreffend die vorläufige Regelung der Luftfahrt, vom 26. November 1918 (Reichs-Befehl. S. 2337) und des Gesetzes, betreffend die vorläufige Regelung der Luftfahrt, vom 3. Januar 1920 (Reichs-Befehl. S. 14) wird folgendes verordnet:

§ 1. Der Besitzer eines Grundstücks oder einer Wasserfläche ist verpflichtet, den Weiterflug oder die Abförderung gelandeter Luftfahrzeuge zu dulden, nachdem die Persönlichkeit des Halters und Führers des Luftfahrzeugs festgestellt worden ist.

Diese Feststellung erfolgt bei Luftfahrzeugen der Mächte, für die der Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 (Reichs-Befehl. S. 687) Geltung hat, durch Einsichtnahme in die von der Reichsbehörde des Luftfahrzeugs ausgestellten Ausweise der Besatzung.

§ 2. Bestimmte Gebiete und Grundstücke können für Landung und Weiterflug verboten werden. Das Verbot tritt mit der Bekanntmachung durch das Reichsamt für Luft- und Kraftfahrtwesen in Kraft.

§ 3. Für die Gewährung von Hilfe an gelandete und an wiederauftretende Luftfahrzeuge ist eine angemessene Vergütung zu leisten. In Lufthäusern sind die ortsüblichen Gebühren und in Ermangelung solcher angemessene Vergütungen zu zahlen.

§ 4. Von jeder Landung eines Luftfahrzeugs hat der Eigentümer oder Besitzer der Landungsfläche der Polizeibehörde Mitteilung zu machen.

§ 5. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 31. März 1920.

Der Reichsverkehrsminister.

Dr. Bell.

Der zweite Satz des § 4 meiner Verordnung vom 10. November 1919, betreffend das Verbot des Kraftwagenverkehrs zur Nachtzeit sowie an Sonn- und Feiertagen (Amtsblatt S. 353 f.), erhält mit rückwirkender Kraft folgende Fassung:

Abgesehen hieron kann das Kraftfahrzeug ohne Rücksicht darauf, ob es dem Täter oder Teilnehmer gehört oder nicht, dem Staate für verfallen erklärt und der im Besitz des Zumündernden vorhandene, in dessen Schuppen oder sonstigen Räumen noch liegenden Betriebsstoff beschlagnahmt und zu den gesetzlichen Höchstpreisen an Beschrauber abgegeben werden. (A II. K. 3204/19.)

Rosel, den 3. Januar 1920.

Der Regierungspräsident

des Regierungsbezirks Rosel und des unbefestigten Teiles des Regierungsbezirks Wiesbaden

als Vermögensaufsichtsminister.

J. B.: Lewald.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 17. April 1920.

blattenden, weshalb unverzüglich mit den Wahlvorbereitungen begonnen werden müßt. Ich ersuche daher, die Aufstellung der Wählerliste sofort in Angiffs zu nehmen und mir spätestens bis zum 30. d. Mts. anzuzeigen, daß die Ausstellung erfolgt ist. Die erforderlichen Formulare, deren Kosten den Gemeinden zur Last fallen, sind von mir bestellt worden; sie werden mit nächster Post durch die Kreisstadtbüro überwandt werden. Für jede Gemeinde ist die Wählerliste in zwei gleichlautenden Stücken aufzustellen. Die einzelnen Spalten der Wählerliste sind genau nach Vorschrift auszufüllen. Die Einführung der Wählerliste in alphabetischer Ordnung zu geschehen. Änderungen müssen durch Klammer mit Datum und Unterschrift erlaubt werden, (vergl. das Wähler-Anlage A. S. 1367/68 des R. G. B. von 1918). Nachstehen dürfen nicht vorkommen:

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,

2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenordnung erlangt.

Unter Wohnsitz ist vorliegend der längere Aufenthalt an einem Orte zu verstehen.

Ich erwarte, daß bei der Aufstellung der Wählerlisten genau nach den Vorschriften des Reichswahlgesetzes und der Wahlordnung vom 30. November 1918 — abgedruckt in Nr. 167 des Reichs-Befehlssatzes von 1918 — verfahren wird. Als brauchbare Unterlagen dürfen die Haushalte der letzten Personenstandsauftnahme, die allerdings auf Zu- und Abgänge jüngstig nachprüfen waren, dienen können.

Die Aufstellung der Wählerliste muß, falls nötig, unter Heranziehung von Hilfskräften, so befördert werden, daß sie spätestens zu dem obigen Termin beendet ist.

Was die Wahlurnen angeht, so muß auch jetzt wieder nachprüft werden, ob sie in vorreichstmöglicher Verfassung (vergleiche § 33 der Wahlordnung vom 30. November 1918) vorhanden sind. Gegebenenfalls sind sie instand zu setzen oder neu anfertigen zu lassen.

In der am 30. d. Mts. zu erwartenden Anzeige über die erfolgte Aufstellung der Wählerlisten ersuche ich auch mitzuteilen:

1. wieviel Personen in die Wählerliste aufgenommen worden sind,

2. in welchem Post. die Wahl demnächst vorgenommen werden soll (die Bezeichnung muß derart erlöschend erfolgen — z. B. „Neues Schulhaus in der Langgasse Nr. 11, Schulzimmer der 1. Klasse im Erdgeschoss rechts“), daß jeder Zweifel ausgeschlossen bleibt,

3. wer zum Stellvertreter des Wahlvorstechers vorgeschlagen wird (Vor- und Zuname sowie Stand oder Gewerbe des Vorgeschlagenen angeben),

4. daß der zum Stellvertreter des Wahlvorstechers vorgeschlagene bereit ist, dieses Amt anzunehmen und

5. ob eine vorreichstmögliche Wahlurne vorhanden ist.

Sollte einer der Herren Bürgermeister vorher nicht in seiner Zeit als Wahlvorsteher Dienst zu tun, dann erwarte ich hierüber unter Vorschlag eines Erathmannes rechtzeitig Bericht.

Ein Formular zu dem geforderten Bericht geht Ihnen in den nächsten Tagen ohne Aufzettel zu.

Der Beginn der Wahlensteuerung wird noch festgesetzt und werden die übrigen zur Wahl noch erforderlichen Drucksachen Ihnen nachgeliefert.

Die bei der Vorbereitung der Wahl etwa auftretenden Zweifel sind mir auf dem schnellsten Wege zu unterstellen.

Die Herren Bürgermeister der neutralen Gemeinden der Kreise Unterlahn, Untertaunus, St. Goarshausen und Weinheim haben hinsichtlich der Reichstagswahlen die bezüglichen Anordnungen ihrer zuständigen Herren Landräte zu befolgen.

Limburg, den 19. April 1920.

Der Landrat. Schellen.

Tgb. Nr. 1229.

An die Herren Bürgermeister des Bezirks (Kreis Limburg und die unbefestigten Teile der Kreise Rheingau, St. Goarshausen, Untertaunus, Unterlahn).

Ich ersuche, eine Liste aller in Ihren Gemeinden vorhandenen nicht herangezogenen Handwerksbetriebe innerhalb 10 Tagen hierher einzusenden.

Limburg, den 19. April 1920.

Der Landrat. Schellen.

Tgb. Nr. 1229.

Finanzamt. Bußfe.

Bekanntmachung.

Für den Monat April gelangen auf den Kopf der vorreichstmöglichen Bevölkerung 625 Gramm Sandstrukturzucker zur Ausgabe.

Der Kleinverkaufspreis beträgt 1,35 Mark für das Pfund gemahlenen Zucker.

Der Zuder ist sofort nach Eintreffen in den Gemeinden zur Ausgabe zu bringen. Die mit der Ausgabe beauftragten Händler sind zur gewissenhaften Beobachtung der festgesetzten Kleinverkaufspreise und zur ordnungsgemäßigen Ausgabe des Zunders anzuhalten. Bei Zusammenhandlungen seitens der Händler ist denselben Zuder in Zukunft nicht mehr zugunsten.

Limburg, den 19. April 1920.

Der Vorsteher des Reichswirtschaftsministers.

Tgb. Nr. 1229.

Bekanntmachung

Die Dienstdaten des Finanzamts, bisherigen Staatsfinanzamts befinden sich von Sonnabend, den 17. April 1920 ab im zweiten Stockwerk des Rathauses „Stadt Wiesbaden“ in der oberen Grabenstraße Nr. 1.

Limburg, den 15. April 1920.

Färberei und Chem. Reinigungsanstalt
Heinrich Wagner Nachf.,
Limburg a. d. L., Telefon 94
Annahmestellen: Frankfurterstr. 31,
Frankfurterstr. 37, Eschhöferweg 6.

Sämtliche Aufträge werden schnellstens ausgeführt.

Statt Karten.

Für die anlässlich unserer VERLOBUNG erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen Freunden und Bekannten unseres

herzlichsten Dank.

Jenny Loewenstein
Albert Kahn.

Kirberg, April 1920.

10|90

Bekanntmachungen und Anzeigen
der Stadt Limburg.

Grasversteigerung.

Die Versteigerung der diesjährigen Grasnutzung in den füddischen Wegen, Ufern, Gräben, Flächen usw. findet am Donnerstag den 22. April 1. J. für die linke Bahnseite, Freitag 23. das Brückensfeld, jedesmal 7 Uhr vormittags ausgangen, an Ort und Stelle gegen sofortige Barzahlung statt. Auswärtige sind nicht zugelassen.

Sammelplatz am 22. April: an der Eisenbahnunterführung im Eschhöferweg (gegenüber dem Postgarten), am 23. April: an der Bahnhofsecke.

Limburg (Lahn), den 18. April 1920.

4|89 Der Magistrat.

Bekanntmachung betr. „das Meldewesen“.

Es ist in letzter Zeit vielfach vorgetreten, daß Personen in Limburg zu ziehen ohne sich polizeilich anzumelden, oder im Stadtbezirk umziehen, ohne sich anzumelden, auch von hier zu ziehen, ohne sich abzumelden.

Es wird deshalb wiederholt auf die Bestimmungen der Regierungsvorordnung über das Meldewesen vom 14. 7. 1904 aufmerksam gemacht.

Nach § 1 genannte Verordnung hat jeder, welcher seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im diesjährigen Gemeindebezirk ausübt, vor dem Abzug oder doch spätestens innerhalb 6 Tagen nach erfolgtem Abzug, sich und die zu seinem Haushalte gehörenden Personen, welche an dem Abzuge teilnehmen, christlich oder mündlich bei der Polizeiverwaltung hier abzumelden.

Nach § 2 ist jeder, welcher im diesjährigen Gemeindebezirk Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt nimmt, verpflichtet, innerhalb 6 Tagen sich und die zu seinem Haushalte gehörenden Personen schriftlich oder mündlich anzumelden, auch hat er über seine und seiner Angehörigen persönliche Verhältnisse auf Erfordern Aufkunft zu geben.

Nach § 3 ist jeder, welcher seine Wohnung innerhalb des diesjährigen Gemeindebezirks wechselt, verpflichtet, dies innerhalb 3 Tagen der Ortspolizeibehörde zu melden.

Zu den in den §§ 1–3 vorgeschriebenen Melbungen sind auch diejenigen, welche die betreffenden Personen als Mieter, Dienstboten oder in sonstiger Weise aufgenommen haben, innerhalb 6 Tagen nach dem Abzug oder Umzug verpflichtet, sofern sie sich nicht durch Einsicht der bezüglichen polizeilichen Bescheinigungen von der bereits erfolgten Melbung überzeugt verschafft haben.

Die zu den Melbungen erforderlichen Formulare werden beim hiesigen Einwohnermeldeamt, Rathaus Zimmer 9, unentgeltlich verabfolgt.

Das Einwohnermeldeamt ist täglich außer Sonn- und Feiertags von 8–12 Uhr vormittags geöffnet.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften betr. die An-, Ab- und Ummeldung werden mit Geldstrafen bis zu 30 Mark bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt.

Limburg (Lahn), den 18. April 1920.

14|90 Die Polizeiverwaltung.

Brot-Zusatzkarten.

Die Ausgabe der Brot-Zusatzkarten für die Zeit vom 12. 4 bis 9. 5. 1920 erfolgt am Donnerstag, den 22. 4. in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags auf dem Rathaus Zimmer Nr. 4. Für die Schwer- und Schwertarbeiterzulage kommen nur Angehörige der aufgrund der letzten Brotzusatzkartenausgabe bekanntgegebenen Arbeiterschichten in Betracht.

Limburg, den 19. April 1920.

2|90 Südwärtiges Lebensmittelamt.

Gustav Adolf-Verein

Bei den Gliedern der evangelischen Kirchengemeinde Limburg wird in den nächsten Tagen die Haussammlung für den Gustav Adolf Verein durch Mitglieder des evangelischen Kirchenvorstandes erhoben werden.

färbt

Herren-, Damen- und Kindergarderobe

getrennt und unzertrennbar.

Stoffe jeden Gewebes, Plüsch, Möbel-

stoffe, Woll- und Baumwollgarne,

Leinen, Gardinen usw. in den

haltbarsten und modernsten Farben,

Sämtliche Aufträge werden schnellstens ausgeführt.

reinigt

Herren-, Damen- und Kindergarderobe

jeder Art,

Teppiche, Gardinen, Handschuhe,

Bettfedern usw.

Aufdümpfen von Sammet-Kostümen

Aufbügeln von Herren- und Dames-

Garderobe

10|90

Trauersachen in 2 bis 3 Tagen.

Schwarz – Weiß – Rot

und alle anderen Farben, Lacke und Bronzen
sowie sämtliche einschlägigen Bedarfsartikel in

grossen und kleinen Mengen.

Peter Josef

Hammerschlag

Limburg (Lahn)

Fernruf 60.



Drogen, Farben,

Materialwaren,

Spirituosen.

Gegründet 1843.

Nachruf.

Am Samstag den 17. April wurde unser lieber Kamerad und Jugendfreund

August Stöppeler

von hier im Alter von 27 Jahren zur letzten Ruhe getragen.

Vor Jahresfrist erlitt von einem schweren Unfall genesen, erlag er einer erneuten Operation. Er war uns stets ein treuer Kamerad, der sich allgemeiner Beliebtheit erfreute. Sein Andenken werden wir allezeit in Ehren halten.

8|90

Seine Kameraden.

Ennerich, den 20. April 1920

Limburgs grösstes
Beerdigungs-Institut

Tel. 206

,Pietät“

Fischmarkt 21.

Reichhaltiges Lager

in Särgen

jeder Ausführung.

16|290

Bohnenstäuben
und Erbsenreiser

offerieren

Münz & Brühl

Limburg (Lahn)

Telefon 31.

Tüchtiges

Alleinmädchen

für bald gesucht.

6|90

Frau A. Bohr, Coblenz,

Hohenholzstr. 95

6|87

S. Romnit, Hochstr. 1

mit der S

obdauer

Seid h

für wieder

Wiede

Wiede